

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Gemeinderates Kamp-Bornhofen

am: 22. September 2020

im Hotel Jägerhof

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.03 Uhr

Az: 004-1308

Anwesend:

- Siehe beigefügte ANWESENHEITSLISTE -

Tagesordnung:

A) Öffentliche Sitzung

1. Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer
2. Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung durch das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt der Kreisverwaltung
3. Beratung und Beschlussfassung über Vereinbarungen der Jagdgenossenschaft
 - a) Übertragung der Verwaltung der Angelegenheiten
 - b) Regelungen zur Datenschutzgrundverordnung
4. Beratung und Beschlussfassung zur BUGA 2029
5. Beratung und Beschlussfassung zu verkehrsregelnden Maßnahmen
6. Annahme von Spenden
7. Auftragsvergaben nach VOB (Bauleistungen)
8. Anträge
9. Städtebauförderungsmaßnahmen
10. Bauanträge
11. Einwohneranfragen
12. Mitteilungen und Anfragen

Zu der Sitzung wurden die Mitglieder und Beigeordneten gemäß § 34 GemO Rheinland-Pfalz unter Bekanntgabe der vorstehend aufgeführten Tagesordnung mit Schreiben vom 07.09.2020 einberufen.

Ort und Stunde der Beratung wurden in der Wochenzeitung der Verbandsgemeinde Loreley Nr. 37/2020 öffentlich bekannt gegeben.

Der Vorsitzende stellt fest, dass

- a) form- und fristgerecht eingeladen wurde.
- b) von den gesetzlichen Mitgliedern mehr als die Hälfte anwesend sind
- c) der Rat beschlussfähig ist
- d) Mitglieder evtl. vorliegendes Sonderinteresse dem Vorsitzenden mitteilen mögen.

Verhandelt:

A) Öffentliche Sitzung

1. Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer

Der Vorsitzende verweist auf die Beschlussvorlage 11/2020.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Neufassung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig (14 Ja-Stimmen)

2. Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung durch das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt der Kreisverwaltung

Der Vorsitzende verweist auf die Beschlussvorlage 14/2020.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Prüfungsmitteilungen vom 22.07.2020 und die Stellungnahme der VG-Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig 10 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen

3. Beratung und Beschlussfassung über Vereinbarungen der Jagdgenossenschaft

a) Übertragung der Verwaltung der Angelegenheiten

b) Regelungen zur Datenschutzgrundverordnung

Der Vorsitzende verweist auf die Beschlussvorlage 15/2020.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Vereinbarung zur Übertragung der Verwaltung der Angelegenheiten der Jagdgenossenschaft auf die Ortsgemeinde zu und benennt Herrn Claßen von der VG-Verwaltung zum Datenschutzbeauftragten. Außerdem stimmt der Gemeinderat dem Abschluss eines Auftragsdatenverarbeitungsvertrages mit der Jagdgenossenschaft zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig (14 Ja-Stimmen)

4. Beratung und Beschlussfassung zur BUGA 2029

Der Vorsitzende verweist auf die Beschlussvorlage 13/2020.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Ortsbürgermeister zu ermächtigen, dem folgenden Beschluss der Verbandsversammlung zuzustimmen:

1. Die Verbandsversammlung beauftragt den Zweckverband die zur Vorbereitung und Durchführung der Bundesgartenschau 2029 erforderlichen Maßnahmen zu treffen und die dazu erforderlichen Verträge zu schließen, soweit nicht die Zuständigkeit der Zweckverbandsversammlung gegeben ist.
2. Die Verbandsversammlung beauftragt den Zweckverband, den Durchführungsvertrag mit der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft und der BUGA 2029 GmbH gemäß vorstehender Zusammenfassung abzuschließen. Sie beauftragt

die Vertreter des Zweckverbandes in der Gesellschafterversammlung der BUGA 2029 GmbH, dem Abschluss dieses Vertrages zuzustimmen.

3. Die Verbandsversammlung beauftragt die Vertreter des Zweckverbandes in der Gesellschafterversammlung der BUGA 2029 GmbH, den der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz sowie dem Regierungspräsidium Darmstadt vorgelegten Änderungen des Gesellschaftsvertrags der BUGA 2029 GmbH (Anlage 4) zuzustimmen.
4. Die Verbandsversammlung beschließt die mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz abgestimmten Änderungen der Verbandsordnung gemäß Anlage 6.
5. Die Verbandsversammlung beschließt, dass der Zweckverband bei den umlagepflichtigen kommunalen Mitgliedern jährlich eine um maximal 412.000,00 Euro erhöhte Verbandsumlage erhebt.

Die Höhe wird jeweils im Haushaltsplan des Zweckverbands festgelegt.

Die Umlage ist bis zum 31.01. des jeweiligen Jahres entsprechend des Anteils der jeweiligen Kommune gemäß dem Umlageschlüssel der Verbandsumlage für das Jahr 2017 an den Zweckverband zu zahlen; im Jahr 2020 ist der Anteil der Kommunen unmittelbar nach Aufforderung durch den Zweckverband zu zahlen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig (14 Ja-Stimmen)

5. Beratung und Beschlussfassung zu verkehrsregelnden Maßnahmen

Der Vorsitzende verweist auf seine Mail vom 29.07.2020. Im HA schloss sich eine rege Diskussion an und es bestand Einigkeit darüber, dass dort auf jeden Fall keine Wohnmobile parken sollen, weil der Unterbau der neuen Freibad-Parkplätze dafür nicht geeignet sei.

Auf Vorschlag von RM Hohl soll die VGV nochmals die rechtlichen Möglichkeiten zur Beschilderung des Parkverbots für Wohnmobile auf öffentlichen Straßen und Plätzen prüfen und bei Bedarf diesbezüglich auch den GStB um rechtliche Bewertung bitten.

1. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, zur Einschränkung der Parkmöglichkeiten (Verhinderung Wohnmobile etc.) auf dem Freibadparkplatz an den Einfahrten Durchfahrtsgerüste aufzustellen und die erforderlichen Mittel hierfür im nächsten Doppelhaushalt 2021/2022 einzustellen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

Im Anschluss wird der vorliegende SPD-Antrag zur Ausweisung von Wohnmobil-Stellplätzen rege diskutiert. Übereinkunft wurde darüber erzielt, dass die ersten beiden Punkte der vorgeschlagenen Vorgehensweise nun erfolgen können und alles weitere, auch evtl. Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge in der Ausführung, jederzeit diskutiert und in die weiteren Planungen mit aufgenommen werden können. Hierzu zählt z.B. die Prüfung, ob die Wohnmobile in der örtlichen Kläranlage ihre WC-Anlage leeren können oder eine eigene Anlage errichtet wird. Bei den weiteren Beratungen soll auch BuGa-Ausschusses eingebunden werden.

2. Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem SPD-Antrag zur probeweisen auf die Dauer von 2 Jahren ausgelegten Ausweisung von Wohnmobil-Stellplätzen im rheinseitigen Bereich der Sperrzone des 3. BA grundsätzlich zu.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

6. Annahme von Spenden

- keine -

7. Auftragsvergaben nach VOB (Bauleistungen)

a) Sanierung Freibadgebäude

Der Vorsitzende verweist auf seine Mail vom 12.08.2020 bezüglich ergänzender Fenster auf der Gebäudeseite zum Parkplatz einzuplanen. Der Gemeinderat muss grundsätzlich festlegen, ob einer Ausdehnung des Imbissbetriebes ganzjährig zugestimmt wird. Außerdem informiert er über die erfreuliche Mitteilung des Innenministers, dass das geplante Projekt seitens des Landes in die Sonderförderung des Bundes mit aufgenommen und mit einem Zuschuss von 90 % bedacht wird. Zu den Gesamtkosten in Höhe von 220.000 € (einschließlich 10.000 € für weitere Fenster) zuzüglich 35.000 € für die PV-Anlage erhält die Gemeinde 220.000 € als Zuschuss.

Nach Diskussion kommt der Gemeinderat übereinstimmend zur Auffassung, die beiden Fenster mit aufzunehmen, die Frage der ganzjährigen Verpachtung aber erst Mitte nächsten Jahres bzw. nach Abschluss der Sanierungsmaßnahme zu entscheiden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die beiden ergänzenden Fenster (Durchreiche Innen und Außenfenster zum Parkplatz) in die Bauausführung (zusätzlich 10.000 €) mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig (14 Ja-Stimmen)

b) Neubau Himmelstreppe und Hängeseilbrücke

Der Vorsitzende verweist auf seine Mail vom 06.09.2020 und bittet um Beratung, ob alternativ zur Himmelstreppe der Bau einer Dschungelbrücke erneut geprüft werden soll. Er teilt mit, dass laut Kommunalaufsicht zuerst die Haushaltsmittel bereit gestellt werden müssen und ein Auftrag an das Planwerk Häuser zum Preis von 8.404,30 € erst nach Haushaltsgenehmigung erteilt werden kann.

Nach einer regen Diskussion wird der Ortsbürgermeister abschließend gebeten, nochmals mit dem Landrat Kontakt aufzunehmen wegen einer Vorabgenehmigung, da schließlich Gefahr im Verzug besteht und evtl. auch der Zweckverband die Planungskosten vorschießen könnte.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Neubau von Himmelstreppe und Hängeseilbrücke parallel prüfen zu lassen und im nächsten Doppelhaushalt die erforderlichen Finanzmittel für die Beauftragung des Büros Planwerk Häuser in Höhe von 8.404,30 € einzustellen.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

c) Holzfloß auf der Zeil

Der Vorsitzende vereist auf seine Mail vom 06.09.2020.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Neubau des Holzfloßes wie vorgestellt im Frühjahr 2021 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

d) Wirtschaftlichkeit der Post-Service-Stelle im Rathaus

Der Vorsitzende verweist auf seine Mails vom 12.07. und 07.08.2020.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Post-Service-Stelle im Rathaus im bisherigen Umfang, insbesondere in Sachen Öffnungszeiten, weiter zu betreiben.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

e) Neugestaltung des Schulhofes

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Neugestaltung des Schulhofes bei der VG-Verwaltung vorbereitet wird. Die Finanzierung der rund 130.000 € erfolgt aus Restmitteln des Konjunkturpaketes (Förderquote 90 %).

f) Unterhaltungspflichten im Bereich Leinpfad und Böschungsmauer

Der Vorsitzende informiert über eine Anfrage des WSA zur Beseitigung von Bäumen am Ende des Leinpfades (Ausführung erfolgt im November durch den VG-Bauhof) und seine Antwort hierauf. Eine berechtigte kritische Nachfrage des Ratskollegen Heimes habe er mündlich beantwortet mit dem Hinweis, dass die Unterhaltungspflicht des WSA für den Zustand der Böschungsmauer und daraus resultierend der Risiken für den Unterbau des Leinpfades damit nicht in Frage gestellt werde. Im Gegenteil, die Argumentation des WSA ist nach wie vor nicht nachvollziehbar.

Zur Frage der unterlassenen Unterhaltungspflicht des WSA im Bereich der Böschungsmauer und die dadurch verbundenen Risiken im Unterbau des Leinpfades (Unterhaltungspflicht der Gemeinde gemäß Vereinbarung mit dem WSA) schlug RM Möschen im HA vor, dass dies von den Juristen des GStB überprüft werden soll. Die Verwaltung wird gebeten, dies zu veranlassen.

g) Betreuung der Geschwindigkeitsmessenanlage

Aufgrund von Beschwerden aus der Bevölkerung weist der Vorsitzende darauf hin, dass die Geschwindigkeitsmessenanlage wie vom Gemeinderat gebilligt von der Rentnerband und nicht von der WfKB-Fraktion betreut wird. Die Messergebnisse, die freundlicherweise Ratskollege Heimes auswertet, sind über den Ortsbürgermeister dem kompletten Gemeinderat zur Verfügung zu stellen. Presseberichte über die Ergebnisse selbst kann jede Fraktion nach Belieben schreiben, der Einsatz der Anlage bleibt aber Sache der Gemeinde bzw. der hierzu beauftragten Rentnerband.

h) Hochwassernotweg Ellig

Der Vorsitzende informiert über ein Treffen mit den Ortsbürgermeistern der betroffenen Gemeinden bei der VG-Verwaltung auf Initiative von Bürgermeister Weiland. Es muss zunächst abgewartet werden, ob die OG Filsen einer Erweiterung der Vereinbarung aus dem Jahr 1985 zustimmt, bevor die Sache in den VG-Gremien beraten wird.

i) Schallschutzwände

Die 2 Meter hohen Schallschutzwände in Bornhofen werden nach wie vor abgelehnt, gleiches gilt für die Schallschutzwände zwischen Kamp-Bornhofen und Filsen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Errichtung der 2 Meter hohen Schallschutzwände im Ortsteil Bornhofen wie bereits 2019 von allen dortigen Anliegern gewünscht abzulehnen und dies der Bahn mitzuteilen. Gleiches gilt für die geplante Schallschutzwand außerhalb der Ortslagen zwischen Kamp-Bornhofen und Filsen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig (14 Ja-Stimmen)

j) Clustereinteilung

Der Vorsitzende verweist auf die Mail-Antwort der VGV vom 19.09.2020 und teilt mit, das er wegen den Alternativ-Standorten dort noch einmal nachgefragt hat. Nach Auffassung von RM Hohl sind die Aussagen nicht eindeutig und solchen Anlagen gehören auf keinen Fall in die Nähe von Schulhöfen und Spielplätze. Außerdem fehle ein Gesamtkonzept der verschiedenen Anbieter. Der Gemeinderat stimmt dem zu und ist der Auffassung, das auf VG-Ebene oder noch höher sich der Sache angenommen werden soll.

Beschluss:

Der Gemeinderat lehnt den Standort Schulhof und auch evtl. Alternativ-Standorte in der Nähe von Spielplätzen ab. Die VGV wird gebeten, sich der Sache anzunehmen und eine Gesamtkonzeption aller Anbieter anzustreben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig (14 Ja-Stimmen)

k) Vogelschutzgebiet

Der Gemeinderat nimmt die Unterlagen zum Vogelschutzgebiet zur Kenntnis, Einwände hiergegen werden nicht erhoben.

l) Vergabe-Richtlinie der VGV

Die Vorgabe der VGV zu Vergaben ab einem Auftragswert von 3.000 € wird zur Kenntnis genommen.

m) Veranstaltungen der Gemeinde bis Jahresende

Der Vorsitzenden weist darauf hin, dass in Absprache mit den Beigeordneten der Martinsumzug wegen Corona nicht stattfindet und statt dessen die Brezel morgens in Schule und Kindergarten gebracht werden. Die Kranzniederlegung am Volkstrauertag erfolgt nicht in der Kirche sondern auf dem Friedhof. Die Jahresabschlussfeier der Gemeinde kann nicht wie üblich im Pfarrheim erfolgen, eine Ausweichmöglichkeit beispielsweise

im Feuerwehrgerätehaus wird in Kürze geprüft. Der Gemeinderat nimmt dies zustimmend zur Kenntnis.

8. Anträge

Verbot von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit -Antrag der SPD-Fraktion-

Der Vorsitzende verweist auf den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, eine Änderung der Friedhofsatzung durch die VG-Verwaltung prüfen und eine entsprechende Beschlussvorlage erstellen zu lassen.
Abstimmungsergebnis: Einstimmig (14 Ja-Stimmen)

9. Städtebauförderungsmaßnahmen

- keine -

10. Bauanträge

a) Bauvoranfrage Errichtung Gartenhaus Anwesen Rheinuferstraße 74

Beigeordnete Lene Lewentz und Ratsmitglied Max Lewentz sind von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

Der Vorsitzende informiert über eine Bauvoranfrage zur Errichtung eines Gartenhauses hinter dem Anwesen Rheinuferstraße 74.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Bauvoranfrage für die Errichtung eines Gartenhauses hinter dem Anwesen Rheinuferstraße 74 zu.
Abstimmungsergebnis: Einstimmig (12 Ja-Stimmen)

Beigeordnete Lene Lewentz und Ratsmitglied Max Lewentz nehmen an der Sitzung wieder teil.

b) Bauantrag Gartenhaus Anwesen Im Höllchen 1

Der Vorsitzende informiert über den Bauantrag zur Errichtung eines Gartenhauses auf dem Anwesen Im Höllchen 1.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Bauantrag zur Errichtung eines Gartenhauses auf dem Anwesen Im Höllchen 1, vorbehaltlich der Prüfung der Zulässigkeit durch die Bauverwaltung, zu.
Abstimmungsergebnis: Einstimmig (14 Ja-Stimmen)

11. Einwohnerfragen

- keine -

12. Mitteilungen und Anfragen

Dieser TOP wird nicht protokolliert.

Frank Kalkofen
Vorsitzender und Protokollführer
(Dat.: 23.09.2020)